

Basta!

Basels starke Alternative

UTOPIE/DYSTOPIE

Utopien aus der Krise



Foto: CC0 by Marc Hatot, pixabay

Auf der Suche nach den Utopien aus der Krise fühlte man sich dieser Tage wohl etwas verloren. Menschenleere Strassen, emotionale Überforderung in der Enge des häuslichen Lockdowns, Sorge um ein möglicherweise kollabierendes Gesundheitswesen oder erkrankte Angehörige regen nicht zum Träumen an. Mein ganz persönliches, individuelles Wünschen beschränkte sich zu meist darauf, dass der Horror doch bitte bald aufhören möge.

Gleichzeitig prognostizierten einige Zukunftsforscher wie Matthias Horx für die Zeit nach der Krise eine Phase der Besinnlichkeit. Der Rückblick auf die Pandemie-Krise würde auch schönes zeigen und der stetige Konsumdrang würde der Erkenntnis, was «wirklich wichtig ist im Leben» weichen: Gesundheit. Sicherheit. Geborgenheit.

Diese Zukunftsprognose wirkt auf mich, wie in einem Paralleluniversum kreierte. Schliesslich verschärft die Dreifachkrise aus Crash, Rezession und Pandemie ökonomische Unterschiede und geschlechtsspezifische Diskriminierungen massiv. Hinter uns liegt die Erfahrung der Isolation und Beschränkung unserer Freiheit, vor uns grosse Verteilungs-

kämpfe, wer die Krise am Ende zahlt. Mit Sicherheit werden wir Erfahrungen mitnehmen. Die Verletzlichkeit des Lebens war für viele von uns nie so spürbar wie jetzt. Auch der enorme Kraftakt, den uns der Lockdown abrang, um den Erhalt aller systemrelevanten Tätigkeiten zu gewährleisten. Corona macht müde und das liegt nicht am Virus.

Die Zukunftsprognose individueller Besinnung durch allgemeine Harmonisierung kann ich in der Form nicht teilen. Dennoch hat die Krise auch Momente geschaffen, die Hoffnung machen. Vieles, was vorher undenkbar war, wurde plötzlich möglich.

Güterkonversion & Ökonomie

Adam Smiths unsichtbare Hand, die den Markt regelt, glänzt in Krisenzeiten durch Abwesenheit. Damit meine ich nicht nur die Klopapierkrise und kleinere Versorgungsgänge für Konserven oder Teigwaren, sondern vor allem die Frage nach Beatmungsgeräten, Desinfektionsmitteln und Atemmasken. Für einen Teil der Konsumgüter bildeten sich Schwarzmärkte mit horrenden Preissteigerungen. Für andere mussten schnellstmöglich weiter auf Seite 3

Mutationen an:
Postfach 225
4005 Basel

AZB
4005 Basel



Total solidarisch in der Krise



Corona und aktuelle Wirtschaftskrise



Stimmen ausserhalb von #stayhome und #savelifes

Montag, 23. Juni, 19:00 Uhr

Mitgliederversammlung

Aufgrund der Covid-19 Verordnung und fehlender Planungssicherheit finden aktuell keine grösseren Veranstaltungen statt.

MITGLIED WERDEN

Als Mitglied erhältst du unseren Newsletter und 4 Mal im Jahr das BastA!-Bulletin gratis nach Hause geschickt. Zudem hast du das Recht, an den Mitgliederversammlungen teilzunehmen und bei allen Entscheidungen, wie z.B. Parolenfassungen, deine Meinung einzubringen und mitzubestimmen. Du erhältst auch jeweils eine Einladung zu den Koordinations-Sitzungen (Vorstandssitzungen), die bei BastA! grundsätzlich für alle Mitglieder offen sind.

Deinen Mitgliederbeitrag legst du selber fest, Richtgrösse ist 1% des Nettoeinkommens, der Minimalbeitrag beträgt Fr. 10.- pro Monat respektive Fr. 120.- pro Jahr.

<http://basta-bs.ch/mitglied>

IMPRESSUM

Nr 02/2020

Redaktion: Franziska Stier, Martin Flückiger, Till Kleisli, Mariann Gloor

Layout & Bildredaktion: Till Kleisli, Franziska Stier

Auflage: 1200

Druck: Rumzeis Basel

Herausgeber: Förderverein BastA!,
Rebgasse 1, Postfach, 4005 Basel

E-Mail: sekretariat@basta-bs.ch

Telefon: 061 / 691 16 31

Konto: PC 40-31244-5

Fragend schreiten wir voran

Liebe Leser*in,

wie du vielleicht auch, haben wir uns in den letzten Monaten mit Covid-19 auseinandersetzen müssen. Wir haben unsere Leben, unser Arbeiten und unsere innerparteiliche Demokratie umstellen müssen. Wir haben an Grundrechten eingebüsst, standen manchmal etwas ratlos im Supermarkt, verfolgten zeitweise zwanghaft die neuesten Corona-Berichte, um einige Tage später jegliche Information resigniert abzublocken. Wir grübelten über Kapitalismus, Umweltzerstörung und Pandemien und suchten Diskussionen und sozialen Zusammenhalt in zahlreichen digitalen Konferenzräumen. Zu Virolog*innen sind wir in den letzten Wochen nicht geworden, aber wir gewannen an Expertise im Umgang mit diesen neuen Herausforderungen.

Aus aktuellem Anlass möchten wir das Bulletin der Diskussion um die Dreifachkrise aus Crash, Rezession und Pandemie widmen. Zukunftsforscher prognostizieren eine Neuorientierung zum Wohle aller, Ökonomen warnen vor der Rezession.

„Krisen als Chance nutzen“, heisst es in jeder erdenklichen Ratgeberliteratur. Doch wo genau können wir Chancen für eine Neuorientierung ausmachen? Und wie könnten diese aussehen?

Vor uns liegen heftige Verteilungskämpfe.

Wir sehen Konzerne, die Krisengelder kassieren, um ihren Aktionär*innen die Rendite auszuzahlen. Wir sehen Massenentlassungen. Wir sehen, dass Menschen um verstorbene Angehörige und Freund*innen trauern. Wir sehen aber auch, dass Länder wie Polen und Ungarn die politische Krise und Demonstrationsverbote nutzen, um Frauen*rechte abzubauen. Wir blicken auf innerfamiliäre Krisen aus Überforderung von Homeoffice und Kinderbetreuung, auf wochenlange Grenzschiessungen, die uns von Freund*innen und Familie trennten. Wir erlebten (kleine) Versorgungsengpässe und "nachbarschaftlich überwachte" Ausgangssperren. In einem der reichsten Länder Europas kam ein kleines Stück von dem an, was für andere Menschen bitterer Alltag ist. Und dennoch gab es einige Lichtblicke. Es gab nachbarschaftliche Hilfe, Menschen kümmerten sich umeinander und versorgten andere Menschen mit Lebensmitteln. Die Krisenzeit der letzten Monate förderte Udenkbare zutage. Daher möchten wir mit diesem Bulletin einen Ein- und Ausblick auf die Krise, sich zuspitzende Widersprüche und Verteilungskämpfe wagen. Wir tragen unsere Erfahrungen zusammen, stellen politische Forderungen auf und schreiten zugleich mehr fragend als wissend voran.

Redaktionsgruppe



Foto: CC0 Wilfried Wende, pixabay

neue Produzenten gefunden werden. Und siehe: Es war möglich. Teilweise über Notstandsgesetze, teilweise über streikende Arbeitnehmende und in einigen Fällen vielleicht aus Einsicht organisierter Konzerne eine Konversion. Der Düsentrriebwerkshersteller General Electric sah sich mit heftigen Streiks konfrontiert, weil seine Arbeiter*innen eine Konversion auf Beatmungsgeräte forderten. General Motors produzierte anstatt Autos plötzlich Atemschutzmasken und Beatmungsgeräte und der Schnapsproduzent Jägermeister Desinfektionsmittel. Diese Güterkonversionen gingen zudem erstaunlich schnell vonstatten. Das Tabu der politischen Einflussnahme in die Güterproduktion ist gebrochen. Auch das Dogma der schwarzen Null in Staatshaushalten scheint für den Moment ausser Kraft. Der Knebel der Schuldenbremse, mit dem die Troika beispielsweise Griechenland und Italien kaputtsparte und auch ihr Gesundheitssystem in die Knie zwang, ist im Moment vielerorts ausser Kraft gesetzt.

Systemrelevanz

Wilde Streiks in Italien führten dazu, dass die Arbeiten in nicht systemrelevanten Bereichen eingestellt wurden. In Schweden gab es ein Umschulungsprogramm für Flugbegleiter*innen zu Krankenpfleger*innen. Überhaupt standen systemrelevante Bereiche wie Kinderbetreuung, Pflege, Müllabfuhr, aber auch die Verkäufer*innen im Zentrum vieler Sonntagsreden (und Werbefilme). Hunderte Menschen standen regelmässig auf Balkonen und klatschten für diejenigen, die es gerade nicht sahen, weil sie arbeiteten. Selbstverständlich geht es hier erstmal um Symbolpolitik. Doch diese Symbole können auch zu einem Bewusstsein für den Wert der Tätigkeit beitragen und bevorstehende und aktuelle Verteilungskämpfe stärken. Verkäufer*innen und Pflegenden haben Rückendeckung, wenn sie Respekt und Lohn einfordern. Gleichzeitig wird niemand für sie kämpfen, wenn sie es nicht selbst tun.

Systemrelevant sind aber nicht nur die bezahlten Tätigkeiten. Kinderbetreuung und Lernbegleitung neben dem Homeoffice zu leisten, brachte viele an den Rand der Verzweiflung. Grosseltern, die normalerweise einspringen, wenn die Nerven blank liegen oder die Lohnarbeit es erfordert, waren jetzt tabu. Plakate mit Titeln wie «Bring Corona nicht zur Oma» zierten als Warnung sogar einige Apothekenschaufenster. Die Erschöpfung einer 24-Stunden-Doppelbelastung und die Nichtanerkennung dieser Leistung schaffen nach wie vor Prekarität.

Kein Zurück zur Normalität!

Der kapitalistische Autopilot ist im Moment abgeschaltet. Wer ein Zurück zur Normalität fordert, akzeptiert und legitimiert den Zustand



Foto: hafteh7, Pixabay

vor Corona. Eindrücklich sahen wir, dass Länder mit ausgebautem Sozialstaat, guten Arbeitsschutzgesetzen und stabiler Gesundheitsversorgung besser durch die Krise kamen und kommen werden. Die spanische Regierung wird sogar mit Hilfe eines Grundeinkommens nachbessern. Doch viele der Zugeständnisse und kleinen Lichtblicke in den eher finsternen letzten Monaten waren keine Geschenke, sondern sind sozialen und gewerkschaftlichen Kämpfen sowie Auseinandersetzungen in Parlamenten geschuldet. Die Politik der «ausweglosen Vernunft» drängt zurück in die Ökonomie, die uns die Krise eingebrockt hat. Vermeintlich neutrale Akteure wie die Leopoldina-Stiftung fordern, als Krisenmanagement an der marktwirtschaftlichen Wirtschaftsordnung festzuhalten. «Dazu gehören der Rückzug aus Unternehmen, sofern krisenbedingt Beteiligungen stattfanden, und der Abbau der Staatsverschuldung.» Doch genau das gilt es nun zu verhindern, denn „dass es ‚so weiter geht‘, ist die Katastrophe“. (Walter Benjmin)

Holen wir uns die Zukunft zurück

Die Erfahrungen der Dreifachkrise schreien geradezu danach, wichtige Infrastruktur wie Telekommunikation, Wohnraum, Gesundheits- und Energieversorgung zu demokratisieren und zu rekommunalisieren. Wir sehen, dass die fiskalischen Folterinstrumente wie Schuldenbremsen über Bord geworfen werden müssen, damit wir nicht kentern. Und wir sehen, dass ein Teil der Wirtschaft deglobalisiert und relokalisiert werden muss – im Sinne der Versorgungssicherheit, aber auch im Sinne der Ökologie. Schliesslich liegt vor uns eine Klimakrise noch gewaltigeren Ausmasses, für deren Bewältigung die Frage, was und wie produziert wird, nicht Privatsache bleiben darf.

Die Hoffnung auf eine andere Zukunft liegt nicht ausgebreitet vor uns, und sie entsteht auch nicht durch besinnliche Stunden auf der Couch. Sie liegt vielmehr in den Kämpfen, die wir aktuell führen, und in den Widersprüchen, die die Krise auf heftige Weise offenlegt. In der Finanzkrise 2008ff rettete man die Banken, weil sie systemrelevant seien. Jetzt sehen wir, dass es die harte Arbeit vieler Menschen ist, die systemrelevant ist. Doch die Rettungsmilliarden kommen nicht an, wo sie gebraucht werden, wenn wir nicht gemeinsam dafür kämpfen. Vermutlich wird der Klassenkampf von oben mit aller Brutalität zuschlagen, sobald die "Normalität" wieder hergestellt ist. Die gleiche Vehemenz sollten auch wir in den anstehenden Verteilungskämpfen an den Tag legen. Ein Schutzschirm für Menschen ist dabei genauso wichtig wie die Demokratisierung des Finanzwesens und ein Konjunkturpaket, das an die sozial-ökologische Wende gekoppelt ist. Die Corona-Krise hat durchaus Fenster für demokratische Planung, gerechte Vermögensverteilung und linke Wirtschaftskonzepte geöffnet. Diese Chance zu nutzen und Kräfteverhältnisse hin zu einer Ökonomie zu verschieben, die die Bedürfnisse des Lebens ins Zentrum stellt, in der Zeit, Macht, Geld und Raum neu verteilt werden, ist nun unser aller Aufgabe.



Franziska Stier, Parteisekretärin

Corona-Dystopie



Foto: Rafael Rafa pixabay

Warum wir uns Sorgen um Demokratie, Grundrechte und Minderheiten machen müssen. Und warum es trotzdem Hoffnung gibt.

In den letzten Jahren kam es immer häufiger vor, dass ich mich beim Lesen der Nachrichten an Weltuntergangsbücher, -filme und -serien erinnert fühlte. Seien es tödliche Überschwemmungen, endlose Waldbrände oder der verzweifelte Kampf ums Überleben in Schlauchbooten oder Lagern ausserhalb des Paradieses der Reichen und Auserkorenen. Mit Corona erschien eine dieser dystopischen Szenarien plötzlich nicht mehr nur in den Nachrichten, sondern bei uns vor der Haustüre, im Block oder sogar in der Familie. Die Dystopie der verseuchten Welt, in der neben einer mächtigen Elite nur diejenigen überleben, welche sich anpassen, der Obrigkeit gehorchen und alle Unangepassten denunzieren. Wie in all diesen Filmen und Serien gibt es aber auch im realen Leben noch eine dritte Gruppe: Die Gruppe der Rebell*innen, welche das System hinterfragen und die Aussichtslosigkeit durchbrechen wollen. Darauf werde ich am Schluss nochmals zurückkommen.

Das Dystopische an der Corona-Krise ist nicht nur ihre unmittelbare Bedrohung unserer Gesundheit und die reale Gefahr, durch sie geliebte Angehörige und Freund*innen zu verlieren. Die Massnahmen, welche durch den Bundesrat (und andere Regierungen weltweit) im Notrecht unter Ausschluss einer parlamentarischen Diskussion und ohne Überprüfung ihrer Verhältnismässigkeit durch Gerichte erlassen wurden, bringen ebenfalls Gefahren für grosse Teile der Bevölkerung. Länger-

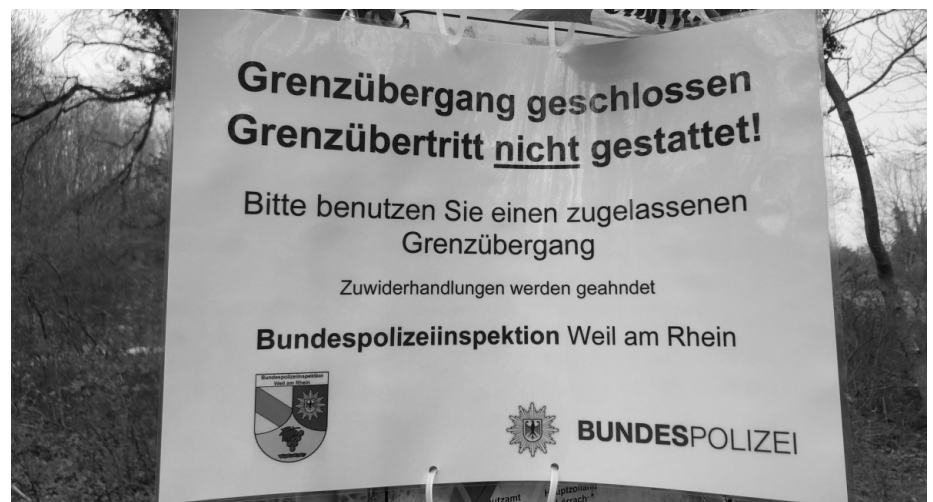
fristig werden wir sie uns vermutlich noch stärker beschäftigen als das Virus selbst.

Eine der ersten Massnahmen war die weitestgehende Schliessung der Grenzen. Seit dem 2. Weltkrieg waren sie nicht mehr so abgeriegelt wie heute. Offen blieben sie nur für Menschen, die der Wirtschaft nützlich sind. Familien und Paare wurden jedoch getrennt und Menschen von ihren Pflanzgärten abgeschnitten, obwohl aus virologischer Sicht das Schliessen der Grenzen keinen Sinn macht, wie unter anderem der Basler Kantonsarzt klarstellte.

Die trinationale Region Basel, in der die Grenzen nicht zuletzt auch wegen den Tramausbauten nach Deutschland und Frankreich immer mehr an Bedeutung und Wahrnehmung verloren hatten, wurde auseinandergerissen. Weil am Rhein oder Saint-Louis sind plötzlich gefühlt weiter weg als Locarno oder Scuol. Der Reflex aus Zeiten der Weltkriege und des Kalten Krieges, bei

Bedrohung die Grenzen zu schliessen, wird zu einer massiven Belastung für die Menschen und für das europäische Friedensprojekt, so zwiespältig und angeschlagen es ohnehin schon ist. Die SVP reibt sich bereits die Hände. Bessere Voraussetzungen könnte ihnen die bürgerliche Politik nicht bieten, im September mit der Kündigungsinitiative die Personenfreizügigkeit zu beenden. Nur wer der Wirtschaft dient, darf dann noch ins «Paradies». Dabei dachten wir, die dunklen Zeiten des Saisonierstatuts hinter uns gelassen zu haben, in der Arbeiter*innen über keinerlei Sicherheit verfügten und ihre Kinder verstecken mussten, weil der Familiennachzug verboten war.

Die gleichzeitige Ausserkraftsetzung des Asylrechts zeigt unübersehbar, dass die Corona-Krise in vielfältiger Weise missbraucht wird, um eine Politik durchzusetzen, welche mit dem Schutz vor dem Virus nichts zu tun hat. Sogar die Aufnahme der wenigen



Basel, lange Erlen, 29. März 2020 Foto: Franziska Stier

minderjährigen Geflüchteten aus griechischen Lagern, deren Aufnahme vor Corona beschlossen war, wurde abgebrochen. Während gleichzeitig tausende Schweizer*innen aus allen Weltgegenden in die Schweiz zurückgeholt wurden, war es angeblich nicht möglich ein paar Kinder und Jugendliche aus der humanitären Katastrophe in Sicherheit zu bringen.

Von Vertreter*innen der Wirtschaft und der Rechten wird gefordert, der Wirtschaft möglichst rasch wieder ihren Lauf zu lassen. Steigende Todeszahlen von alten Menschen und Menschen mit Vorerkrankungen müssten in Kauf genommen werden, sie würden ja ohnehin nur ein paar Jahre verlieren. «Die Schwachen sind, wenn man ökonomisch rational denkt, nicht schützenswert, sie können vernachlässigt werden, der Massstab für ökonomisches Handeln sind die Starken,» fasste die Soziologin und Geschlechterforscherin Franziska Schutzbach die unter anderem vom Ökonomen Reiner Eichenberger öffentlich vertretene Position zusammen. Dazu passt der Entscheid des Bundesrats, dass auch über 65-Jährige und Menschen mit Vorerkrankungen dazu gezwungen werden können, beispielsweise im Verkauf zu arbeiten. Wer unerlässliche Aufgaben übernimmt, wird dafür nicht nur finanziell abgestraft, sondern auch systematisch stärker dem Gesundheitsrisiko ausgesetzt. Es sind vorwiegend Frauen.

Arbeitnehmer*innenrechte werden systematisch gelockert. Während die einen keine Arbeit haben und vom RAV schikaniert werden, müssen die anderen 12-Stunden-schichten schieben. Das Sonntagsarbeitsverbot wurde gelockert und viele Menschen – insbesondere Frauen – müssen Home-Office, Kinderbetreuung und die Versorgung von älteren oder kranken Verwandten unter einen Hut bringen, ohne dabei auf Unterstützung vom Bund zählen zu können. Selbstständige und Kulturschaffende werden mit Brosamen abgespeist. Sanspapiers verlieren ihr prekären Jobs und bleiben von Arbeitslosengeld und Sozialhilfe ausgeschlossen.

Auf die uneingeschränkte Solidarität des Bundesrats und der bürgerlichen Mehrheit in den nationalen Parlamenten zählen können hingegen Flugindustrie und Aktionär*innen. Wer reich ist, wird in der Krise noch reicher,



Flüchtlingscamp Ideomeni, Griechenland
Foto: CC0 Jim Black, pixabay

wer arm ist, noch ärmer. Das ist kein unvermeidbarer Nebeneffekt, sondern das beabsichtigte Resultat bürgerlicher und rechter Politik.

Zurück zur Kriegslogik: Der «Feind» kommt bekannterweise nicht nur von aussen, er wird vom «Feind im Inneren» unterstützt. «Balkonnazis» stürzen sich, von Angst getrieben, aus Frust wegen der sozialen Isolation oder von bürgerlichen und rechten Politiker*innen angeheizt auf alle, die sich getrauen, sich den Weisungen und Empfehlungen des Bundes zu widersetzen. Renter*innen werden auf der Strasse angeschrien oder sogar bespuckt. Menschen, die sich in Gruppen von mehr als fünf Personen im öffentlichen Raum aufhalten, denunziert. Es gibt nicht wenige, die meinen, wer sich nicht peinlich genau an die Regeln hält, habe sein Recht auf medizinische Unterstützung verspielt. Dies würde einer Wiedereinführung der Todesstrafe entsprechen, und zwar für «Delikte», für die offiziell eine Busse vorgesehen ist. Die also vergleichbar sind mit Falschparkieren oder Tauben füttern. Die Überwachung der Bevölkerung, wird plötzlich von breiten Bevölkerungsteilen bis in die Linke hinein unterstützt und sogar laut gefordert. Dabei ist jetzt schon klar, dass sie – genau wie die Grenzschiessungen und die Aufhebung des Demonstrationsrechts – bei weitem nicht so schnell wieder verschwindet wie sie eingeführt wird.

Trotz aller Negativität gibt es auch politische Entscheide, bei denen Solidarität keine Worthülse, sondern ernst gemeint ist. Portugal gab beispielsweise kurz nach

Ausbruch der Corona-Krise allen Menschen, deren Anträge auf Aufenthalt oder Asyl hängig sind, eine vorübergehende Aufenthaltsbewilligung und damit Zugang zu Sozialleistungen und dem Gesundheitssystem. Auch in Italien wurde dies kürzlich von einer Ministerin verlangt. Und die spanische Regierung sprach sich für eine bedingungslose, soziale Mindestsicherung aus, welche zeitlich unbegrenzt gelten soll.

Wie in jeder «guten» Endzeitgeschichte gibt es also Hoffnung. Die stärkste Hoffnung kommt jedoch nicht von der Politik. Sie kommt von den sozialen Bewegungen und dem gemeinsamen Engagement. Sie entsteht, wenn wir aus der Isolation ausbrechen und uns zusammen für eine andere, eine bessere Welt einsetzen. Sie entsteht, wenn die Menschen in der Krise merken, dass es das Zwischenmenschliche und das Miteinander ist, was wirklich zählt. Sie zieht ihre Kraft daraus, dass wir nicht zurück in die Normalität vor der Corona-Krise wollen. Auch wenn diese Krise enorm viel Negatives hervorgebracht bzw. verstärkt hat, so zeigt sie auch, dass Veränderungen möglich sind.

Die Bewegungen nähren sich vom Wunsch nach einer Welt, in der Macht, Geld, Zeit und Raum gerecht verteilt sind. Sie sehen Klimagerechtigkeit nicht als mühsame Pflicht, sondern als Chance für eine lebenswerte Zukunft für alle. Der Wunsch nach einer Welt, in der das Leben, die Natur und die Solidarität im Zentrum stehen, bringt uns zusammen. Es wird kein Spaziergang, aber wenn wir uns gemeinsam auf den Weg machen, können wir es schaffen.



Basel, 01. Mai 2020 Foto: Franziska Stier



Tonja Zürcher, Grossrätin BastA!

Wirtschaftskrise: Regression oder emanzipatorische Transformation?



Foto: CC0 by Gerd Altmann, pixabay

Die aktuelle Wirtschaftskrise war angesagt. Schon im Herbst 2019 zeichnete sich eine wirtschaftliche Abschwächung ab. Verbunden ist die heutige Krise mit derjenigen von 2007/09 und der Eurokrise von 2011/12. Deren Auswirkungen motten bis heute mehr oder weniger unterschwellig weiter. Erst als sich in Italien mit der Corona-Pandemie Erkrankungen und Todesfälle häuften, erfolgte eine massive Erschütterung der Aktienmärkte. Als Brandbeschleuniger wirkten in der zweiten Hälfte Januar die Abriegelung der Provinz Hubei und diverse Produktionseinschränkungen in ganz China. Bereits im Februar, sicher aber ab März lässt sich von einer globalen und dramatischen Wirtschaftskrise sprechen. Diese offenbarte sich zum einen im spektakulären Fall der global wichtigsten Börsenindices um bis zu 40% und in einem massiven Einbruch der Erdölpreise. Zum anderen brach das BIP in China Ende des ersten Quartals um rund 7% ein, was sich noch im Februar kaum jemand vorstellen konnte, auch wenn die Wachstumsprognosen Schritt für Schritt nach unten angepasst wurden.

Weltwirtschaftskrise wie 1929?

Zögerliche, chaotische und zu wenig selektive Regierungsmassnahmen führten zu einer ungebremsten Ausbreitung der Viren. Schrittweise wurden Quarantänen auferlegt, die Mobilität eingeschränkt, wirtschaftliche Aktivitäten untersagt und in vielen Staaten ein mit mehr oder weniger mit Zwang verbundener Shutdown verordnet. Über Nacht fielen die Einkommen vieler Menschen weg, Kurzarbeit wurde erlassen und Kündigungen ausgesprochen. Auf Grund der verschiedenen Lock- und Shutdowns, den vielfach unterbrochenen globalen Lieferketten, der faktisch vollständigen Paralyse des Flugverkehrs sowie dem

Zusammenbruch des Tourismus und der teilweise massiven Einschränkungen im Dienstleistungssektor musste mit Wachstumseinbußen gerechnet werden. Die Zahlen, die am 30. April für Europa publiziert wurden, waren bereits spektakulär schlecht. Die EU liegt im ersten Quartal bei einem Wachstum von -3,5%, die Eurozone bei -3,8%, Frankreich bei hohen -5,8%, Spanien bei -5,2% und Italien bei -4,7%. Der IWF prognostiziert für das laufende Jahr eine globale Rezession von -3%. Der wirtschaftliche Einbruch erfolgte auf breiter Front, hat sich generalisiert und wird massiv schärfer ausfallen als 2007. Wenn die Stimulierungsmassnahmen zu bescheiden angesetzt und Deflationsrisiken insbesondere mit sinkenden Löhnen unterschätzt werden, dann steht bald einmal der Vergleich mit der Weltwirtschaftskrise ab 1929 an.

Wer bezahlt die Kosten?

Zurzeit werden Stützungsprogramme in Billionenhöhe geschnürt, fraglich ist allerdings, wem sie schliesslich effektiv zugute kommen und auf wen die Kosten abgewälzt werden. Vieles deutet darauf hin, dass gerade die Massnahmen der US-Zentralbank, des FED vorab auf eine Stützung der Aktienmärkte und damit der Vermögenden hinauslaufen.

Klar ist allerdings, dass in Europa und vor allem in den USA die Arbeitslosigkeit massiv ansteigen wird. Diese ist wegen des amerikanischen «hire and fire» gleichsam explodiert und könnte auf beinahe 20% angestiegen sein. Aber auch in Europa dürfte es deutlich höhere Zahlen geben, nicht überall in gleichem Ausmass, doch Spanien rechnet beispielsweise bereits wieder mit einem Anstieg auf knapp 20%.

Arbeitslosigkeit ist das eine, doch wenn eine

gute Versicherungsabdeckung oder Kurzarbeitsregelung vorhanden ist, mag dies, wenn man sich einschränkt, noch einigermaßen gehen. Im stetig gewachsenen prekären Sektor und auch bei kleinen Selbstständigen wie Coiffeursalons, Bars, Läden, Büchereien und Fitnessanlagen sind teilweise über Nacht die Einkommen weggefallen. Die Kosten für Miete, Energie, Lebensmittel lasten dann schwer.

Optimisten rechnen nach den Shutdowns mit einem baldigen und raschen Wiederaufschwung. Dieser ist aus verschiedenen Gründen unwahrscheinlich. Die globalen industriellen Lieferketten sind unterbrochen und werden nicht so rasch wiederhergestellt werden können. Die Schwellenländer werden von der Krise ganz besonders hart getroffen werden, weil Kapital abgezogen wird und die Rohstoffpreise dramatisch sinken werden. So kann die gegenwärtige Krise in den afrikanischen und asiatischen Schwellenländern schwere Nahrungs- und Hungerkrisen auslösen. Verschärft wird damit die weltweit ungleiche Entwicklung und die damit verbundene Armut und Verelendung.

Der Kapitalismus ist angeschlagen

Wir müssen heute davon ausgehen, dass der Kapitalismus schwer angeschlagen ist. Es sind verschiedene Mechanismen, die eine Erholung und einen Wiederaufschwung bremsen. Die Unternehmen sind verschuldet und werden bei einer Lockerung des Shutdowns nicht mehr investieren, sondern Personal abbauen und Leute entlassen. Auch die privaten Haushalte sind nicht reicher geworden, sondern zum Teil verarmt, was den privaten Konsum tendenziell einschränken wird. Bei einer Verbesserung der wirtschaftlichen Situation werden die Staaten, deren Verschuldung angestiegen ist, gemäss den neoliberalen Dogmen mit einer Austeritäts- und Sparpolitik ihre Finanzen in Ordnung bringen wollen, wenn dies durch uns nicht verhindert werden kann. Der Welthandel wird durch die Desorganisation der internationalen Wertschöpfungsketten gebremst werden. So sind kein kräftiger Wiederaufschwung zu erwarten, sondern viel eher rezessive und deflationäre Tendenzen.

Die Linke ist gefordert!

Die politische Linke steht heute vor gewaltigen Aufgaben. Vorab ist es notwendig, dass die Einkommen gesichert werden. Die Gefahr besteht allerdings darin, dass eine Vielzahl von Mitteln eingesetzt wird, sodass die Lohnabhängigen auseinanderdividiert

und gegeneinander ausgespielt werden. Folglich ist es dringend notwendig, vereinheitlichende Forderungen zu stellen und durchzusetzen.

Daher ist eine Basisrente oder ein Lohn für Quarantänefolgen zu fordern, der zum Leben genügt und schnell und unbürokratisch ausbezahlt wird. Nur damit können die Kaufkraft erhalten bleiben und Deflationstendenzen ausgehebelt werden. Ganz offensichtlich sind die finanziellen Möglichkeiten in den verschiedenen Staaten und Regionen höchst unterschiedlich. Deshalb werden globale Antworten auf die Krise benötigt. In Europa muss verhindert werden, dass sich die übliche Nord-Süd-Spaltung verschärft, die Schulden sind zu vergemeinschaften: An die Stelle von Coronabonds wird wohl eine Ausweitung des EU-Haushalts um 1500 Milliarden kommen. Wichtig wird sein, dass dieses Geld vor allem in den Ländern des Südens der EU investiert wird und in erster Linie für grüne Investitionen. Die Arbeitslosenversicherung und die Kurzarbeitsregelungen müssen europaweit und gemäss «best practices» einheitlich gelten. Die Minimallohne müssen erhöht und das Existenzminimum überall gewährt werden.

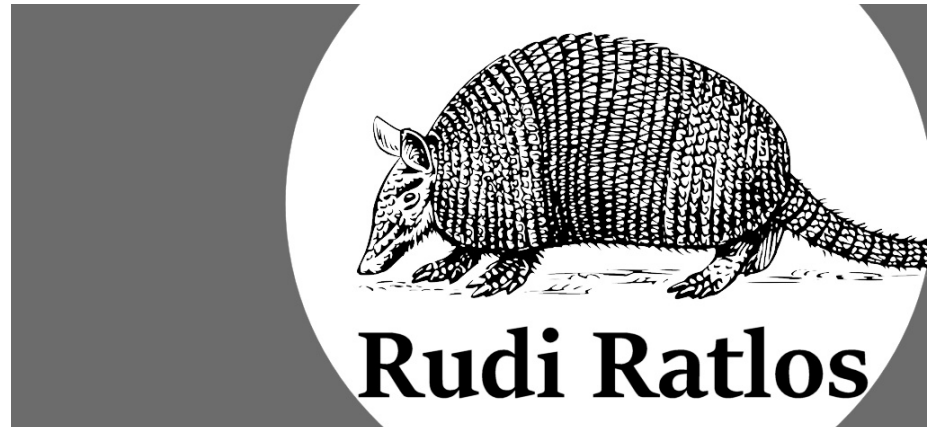
Damit sind wir jedoch lediglich bei einem mehr oder weniger linken Keynesianismus angekommen. Dieser kann heute nicht mehr genügen. Anstehend ist ein System Change. Sozialismus muss wieder zu einem Thema und einer Perspektive werden. Doch dies ist leicht gesagt, aber nicht mit einem Fingerschnippen zu erreichen. Anzuknüpfen gilt es an die aktuellen Auseinandersetzungen im Gesundheitssektor und dessen Ausbau als Service Public mit deutlich höheren Löhnen. Aber auch sonst geht es um den Ausbau des Service Public inkl. Finanzdienstleistungen, um eine umfassende Wirtschaftsdemokratie, um den schnellen ökologischen Umbau, um Verstaatlichungen von zentralen Bereichen wie etwa der Pharmaindustrie. Wichtig bei uns wäre auch wie früher ein staatliches Impfinstitut für die Produktion, die Lagerung und Verteilung von Impfstoffen.

Ein Vorgeschmack auf die ökologische Krise

Anstehend ist ein breites politisches Programm, und wenn es gelingt, in den Diskussionen und Kämpfen damit voranzukommen, dann könnte sich Grundsätzliches ändern. Die Coronakrise hat jedenfalls ganz deutlich gezeigt: einerseits ist vieles möglich, andererseits erhalten wir mit dieser extremen Verdichtung eines Krisenablaufes einen Vorgeschmack auf die ökologische Krise, wenn wir diese nicht entschärfen können.

Hans Schächli & Roland Herzog

Total solidarisch – in der Krise



„Und auf jeden Fall hat jede Gemeinde der andern Beistand auf eigene Kosten zur Abwehr und Vergeltung von böswilligem Angriff und Unrecht eidlich gelobt in Erneuerung des alten, eidlich bekräftigten Bundes, jedoch in der Weise, dass jeder nach seinem Stand seinem Herren geziemend dienen soll.“ So steht es geschrieben im Bundesbrief von 1291. Die alten Eidgenossen haben damit eine urschweizerische Tradition der Solidarität begründet, die gerade heute in der Corona-Krise wieder zu neuem Leben erwacht.

Ist es nicht gut zu wissen, dass Verkäufer*innen, Putzpersonal, Pflegefachleute, Bauarbeiter etc. wie es ihrem Stand geziemt auch in Krisenzeiten ihrem Herren dienen, während dieser im Homeoffice solidarisch die Fäden zieht? Ist es nicht rührend mitzuerleben, wie unbescholtene Bürger*innen aus Solidarität mit Alten und Gebrechlichen die Polizei anrufen, wenn sie eine Zusammenrottung von mehr als 5 Personen beobachten? Corona sei Dank können wir endlich dem kleinen Faschisten in uns freien Lauf lassen, lustvoll Leute denunzieren, Menschen an den Pranger stellen, zurechtweisen und abstrafen. So macht Solidarität doch erst richtig Spass!

Aufmerksamen Beobachtern ist es denn auch zu verdanken, dass eine BastA!-Grossrätin als Teilnehmerin an einer illegalen Zusammenrottung am 1. Mai identifiziert wurde, obwohl sie vorschriftsgemäss verummumt war. Doch zum Glück waren die Reaktionen von links bis rechts beeindruckend stark. Eine Grossrätin, die so offensichtlich gegen obrigkeitliche Anordnungen verstosse, müsse von ihrem Amt zurücktreten, und eine Partei, die derart unsolidarisches Verhalten gutheisse, habe in unserer Demokratie nichts zu suchen, hiess es unisono. Das lässt hoffen. Denn in Krisenzeiten – und wir sind nun mal gerade

in einem Kriegszustand gegen einen zwar unsichtbaren, aber gerade darum umso furchteinflössenderen Feind, der bekanntlich von aussen kam – ist es wichtig, dass das Volk wie ein Mann und eine Frau solidarisch hinter seiner Führung steht.

An der besagten Zusammenrottung sind übrigens auch offen staatsfeindliche Parolen propagiert worden. Man solle die Grenzen öffnen, konnte man da etwa auf Transparenten lesen, und das wäre ja nun wirklich das Letzte! In Kriegszeiten werden die Grenzen dicht gemacht, auch für Flüchtlinge. Das haben wir schon im zweiten Weltkrieg so gehandhabt, und sind damit nicht schlecht gefahren. Die Schweiz als humanitäres Land hat da ja auch eine besondere Verantwortung. Es darf doch nicht sein, dass Flüchtlinge in dieser Krisensituation zu uns kommen, sich hier infizieren, und dann das Virus in alle Welt hinaustragen! Die nicht sesshafte Lebensweise dieses Menschenschlags ist ja sattem bekannt. Und überhaupt müssen wir uns jetzt zuallererst solidarisch um unsere eigenen Landsleute kümmern. Die Swiss, etwa. Der müssen wir jetzt unter die Arme greifen, damit wir bald wieder abheben und in den armen Ländern des Südens Ferien machen können. Das ist Hilfe vor Ort, das ist gelebte Solidarität!

Vielleicht ist diese Krise ja auch eine Chance: Die Chance, dass wir uns zurückbesinnen auf die Werte der alten Eidgenossen, „dass jeder nach seinem Stand seinem Herren geziemend dienen soll“. Illegal Demonstrierende allerdings haben in dieser Zukunftsvision keinen Platz. Wo kämen wir denn hin, wenn jeder und jede selber denken und entscheiden würde, was verantwortbar ist und was nicht? Ich kann es Ihnen sagen: direkt ins Chaos. Und Eines müssen Sie wissen: Im Chaos werden die Distanzregeln nicht eingehalten.

Rudi Ratlos

Zeit für das Grundeinkommen



Foto: CC0 Darko Djurin, pixabay

jgb-Grossrätin Raffaella Hanauer reichte am 21. April 2020 eine dringliche Motion für ein kantonales bedingungsloses Grundeinkommen ein.

Viele Menschen blicken momentan in eine ungewisse Zukunft. Selbstständigerwerbende und Menschen, die in nicht geregelten Arbeitsverhältnissen angestellt sind oder aufgrund der Corona-Krise ihre Anstellung verloren haben, sind zu wenig geschützt und drohen in der Armutsfalle zu landen. Aber auch Menschen, die auf Kurzarbeit gesetzt sind, erhalten weniger Geld als zuvor und büssen damit einen Teil ihrer wirtschaftlichen Sicherheit ein. Die Corona-Krise trifft die gesamte Gesellschaft. Die Krise wird aufgrund des massiven Verlusts der Kaufkraft zahlreiche momentan noch gut situierte und mehr oder weniger abgesicherte Arbeitgebende und Arbeitnehmende treffen. Auf langfristige Sicht werden alle unter den wirtschaftlichen Folgen dieser Krise leiden. Die erwartete Rezession gilt es daher, möglichst einzudämmen und schon frühzeitig mit grossflächigen Massnahmen aufzufangen. Dabei sind Massnahmen zu wählen, die alle Menschen absichern, sodass sie sich nicht vor der Zukunft fürchten müssen.

Am 21. April 2020 reichte jgb-Grossrätin Raffaella Hanauer deshalb eine Motion ein, die den Regierungsrat damit beauftragt, eine sehr direkte und effiziente Massnahme zur Stärkung der Kaufkraft und sozialen Sicherheit der Bevölkerung zu ergreifen: das bedingungslose Grundeinkommen. Dieses soll unbefristet eingeführt werden, mindestens aber bis zur Aufhebung des Status "ausserordentliche Lage"

gesichert sein. Die Höhe des bedingungslosen Grundeinkommens soll sich im Minimum am von der SKOS definierten Existenzminimum orientieren.

Ein Ausschnitt aus Ihrer Rede dazu:

Es sind spezielle Zeiten, in denen wir uns befinden. Die Massnahmen des Bundes sind ein drastischer Einschnitt in unser Leben. [...] Es sind nicht nur Home office, Home schooling, Stress oder die Sorge um die Risikogruppen, die die Bevölkerung momentan beschäftigen. Viele Menschen blicken in eine ungewisse Zukunft. Niemand kann wissen, wie unsere wirtschaftliche Lage in ein paar Wochen und Monaten aussieht. Viele haben Angst. Ein Grundeinkommen könnte da Abhilfe schaffen.

Die bisherigen Unterstützungsgelder setzen vor allem bei den Unternehmen an. Völlig klar, dass das wichtig ist, doch [...] kann das nicht die einzige Massnahme sein, die ergriffen wird. Diejenigen Menschen, welche in den nächsten Monaten von den Auswirkungen der Corona-Krise betroffen sind, sollen ein gesichertes Grundeinkommen erhalten. Eine unkomplizierte finanzielle Überbrückung, und zwar ohne, dass sie dazu auf die Arbeitslosenhilfe oder Sozialhilfe angewiesen sind. Im Gegensatz zur Sozialhilfe oder Arbeitslosenhilfe ist ein Grundeinkommen nicht an Auflagen geknüpft. Dies öffnet mehr Perspektive und Flexibilität und bietet den Menschen mehr Würde. Ein Grundeinkommen sichert zudem alle ab, die sonst durch die Maschen fallen würden.

Und leider gibt es sie, die Menschen, die durch die Maschen fallen. Viele Menschen auch in der Schweiz glauben an das Märchen "vom Tellerwäscher zum Millionär", oder übersetzt, dass jeder Mensch selbst für seine wirtschaftliche Lage verantwortlich sei. Es gibt deshalb Menschen, die würden lieber unter dem sozialen Existenzminimum leben, als Sozialhilfe oder Arbeitslosengeld zu beantragen. Kaum jemand bittet gerne um Hilfe. Es braucht deshalb ein Grundeinkommen, welches alle Betroffenen erhalten, unkompliziert und schnell. [...]

Das Grundeinkommen ist kein billiger Luxuswunsch als Wahlkampf-Publicity, sondern ein Auffangnetz, das sicherstellen soll, dass absolut niemand durch die Maschen fällt. Es geht darum, Menschen bedingungslos aufzufangen.



Raffaella Hanauer, Grossrätin jgb

Ein Schutzschirm für Menschen BastA!-Forderungen zur Corona-Krise:

Die Covid-19-Pandemie traf unsere Gesellschaft wie ein Blitz. Der Bund schränkte zahlreiche Grundrechte und wirtschaftliche Freiheiten ein, um die ungebremste Ausbreitung des Virus zu verhindern.

Das Virus bedroht uns alle, aber die gesundheitlichen und ökonomischen Auswirkungen sind längst nicht für alle Menschen gleich. In dieser Krise zeigt sich zum einen, wie wichtig ein gut entwickelter Sozialstaat und ein gutes Gesundheitssystem sind. Zum anderen wird klar, wie verheerend die Auswirkungen einer neoliberalen Austeritätspolitik viele Länder trifft. Zudem zeigt sich jetzt, dass die Politiker*innen, welche ihren Entscheiden wissenschaftliche Erkenntnisse zugrunde legen, statt einzig die Interessen der Wirtschaft, für die Menschen die besseren Entscheidungen getroffen haben und die Pandemie besser in den Griff bekommen. Das sollte uns auch in Zukunft eine Lehre sein, wenn es darum geht, nicht nur weitere Pandemien zu verhindern, sondern auch die noch verheerenderen Auswirkungen des Klimawandels.

Ein Schutzschirm für Menschen – nicht für die Wirtschaft

Die Krise hat uns einmal mehr gezeigt, dass es der Markt eben nicht richtet: Schwarzmärkte für Toilettenpapier, Mangel an Desinfektionsmitteln und enorme Preissteigerungen für Atemschutzmasken. Vieles, was lange als unumstössliche ökonomische Wahrheit galt, wird nun über Bord geworfen: Schuldenbremse – passé! Schwarze Null in öffentlichen Haushalten – war gestern, Staatsschulden – absolut angesagt! Arbeitskämpfe in Italien und staatliche Verordnungen erzwangen Veränderungen in der Produktion, sodass beispielsweise General Motors Atemschutzgeräte produzierte, anstatt Autos. Während Millionen Menschen plötzlich vor der Erwerbslosigkeit stehen oder in Kurzarbeit geschickt werden, beschliessen viele Staaten Milliardenpakete zur Rettung der Wirtschaft. Die US-Regierung investiert mehr als 2000 Milliarden Dollar, um ihre Wirtschaft zu stabilisieren. Viele der Konzerne, die diese Hilfen annehmen, scheuen sich nicht, ihre Mitarbeiter*innen dennoch zu entlassen und Dividenden an ihre Aktionär*innen auszuschütten. Das darf nicht sein. Die Schweiz hat einen besseren Weg gewählt. Die Milliarden, die der Staat bisher zur Verfügung stellt, dienen vor allem der Erhaltung der Arbeitsplätze über die Kurzarbeit und der Existenzsicherung der Selbständigen und

... geben Regierungen Billionen Euro zur Rettung von privaten Konzernen aus.



Text von I.L.A. Werkstatt für globale Gerechtigkeit
Mehr Infos unter: dasgutelebenfüralle.de

KMU.

Staatliche Unterstützung von Unternehmen in der Krise muss an Bedingungen geknüpft sein: Unternehmen, die staatlich gesicherte Kredite oder Direkthilfen erhalten, müssen auch gesellschaftliche Verantwortung übernehmen. Für die Schweiz heisst dies: Wer von Kurzarbeit profitiert, darf niemanden entlassen und auch keine Dividenden ausschütten. Deshalb erwarten wir, dass die Massnahmen des Bundes nachgebessert werden. Firmen, die in den letzten Jahren grosse Profite gemacht haben, müssen sich an den Kosten der Krise beteiligen. Dafür müssen mittlere und kleine Unternehmen, welche die Mehrheit der Arbeitsplätze in der Schweiz anbieten, aber keine grossen Gewinne erzielen und kaum Rückstellungen haben, staatlich auch mit A-fonds-perdu-Beiträgen unterstützt werden. Und dann zeigt sich in dieser Krise auch, dass es grosse Unternehmen in unserem Land gibt, welche mit der Gesundheit der Menschen riesige Profite machen, aber nicht mehr bereit sind, die Versorgung mit den lebensnotwendigen medizinischen und pharmazeutischen Gütern zu gewährleisten. Unsere Pharmamultis haben aus Profitgründen die Forschung im Bereich Impfstoffe und neue Antibiotika aufgegeben und lassen die Grundstoffe in Indien und China produzieren, weil dies billiger ist und ihre Profite erhöht. Im Pharmabereich, das hat die Pandemie jetzt gezeigt, braucht es dringend den Aufbau eines staatlichen

Sektors und eine gewisse Deglobalisierung bei der Produktion der wichtigen Wirkstoffe.

- Wir wollen nicht zurück zur Normalität. Die Normalität ist das Problem!
- Wenn die Pandemie vorbei ist, darf es nicht einfach weitergehen wie vor der Krise. Aus den Erfahrungen der Krise lernen, heisst unter anderem:
- Ein staatlich finanziertes Investitionsprogramm zur Bekämpfung der Krise muss dem dringend nötigen ökologischen Umbau dienen.
- Der Sozialstaat muss gestärkt, die sozialen Sicherungssysteme für alle Menschen ausgebaut und zugänglich gemacht werden.
- Das Gesundheitswesen ist so zu konzipieren, dass es ausschliesslich den Interessen der Menschen dient und auch für Krisen gewappnet ist. Gesundheit ist keine Ware, deshalb dürfen Spitäler, Pflegeheime und andere Gesundheitsdienste keinen Profitinteressen dienen, sondern müssen öffentlich sein, demokratisch kontrolliert und über Steuern oder über eine einkommensabhängige und paritätisch finanzierte Einheitskrankenkasse finanziert werden.
- Das System der Fallpauschalen im Gesundheitswesen ist abzuschaffen.
- Betriebswirtschaftliche Ansätze dürfen im Gesundheitswesen, wie auch in der Bildung und Betreuung nicht im Vordergrund stehen.
- Welche Ressourcen für unser Gesundheits-

... bekommt die Pflegerin Applaus
und die KassiererIn Schokolade geschenkt.

#InZeitenVonCorona

#WasWäreWenn

... Menschen in systemrelevanten
Jobs immer Wertschätzung,
gute Bezahlung und gute
Arbeitsbedingungen hätten?

Text von I.L.A. Werkstatt für globale Gerechtigkeit
Mehr Infos unter: dasgutelebenfüralle.de

wesen nötig sind, soll von den medizinischen Fachpersonen aus geprüft und von den zuständigen Behörden oder allenfalls vom Souverän demokratisch bestimmt werden.

Systemrelevante Arbeit aufwerten und anerkennen – das Leben wieder ins Zentrum stellen

Es sind vor allem Frauen*, die im Supermarkt und im Care-Bereich die Gesellschaft am Laufen halten. Sie pflegen Kranke und betreuen Kinder. Sie sind es auch, die mehrheitlich die notwendige Nachbarschaftshilfe leisten. Erstmals werden all diese Tätigkeiten – bezahlt, wie unbezahlt – auch in den Sonntagsreden der Politik als systemrelevant betrachtet. Die Corona-Krise hat uns allen gezeigt, welche Tätigkeiten für die Menschen wirklich relevant sind: die Care-Arbeit und die Arbeit in der Produktion und Verteilung von Lebensmitteln, die Arbeit der Angestellten im öffentlichen Dienst, von den Beschäftigten im öffentlichen Transportwesen über die Feuerwehr bis zur Kehrtraktabfuhr. Gerade diese Tätigkeiten, die für unser Leben unerlässlich sind, sind teilweise schlecht bezahlt und wenig anerkannt. Dass wir zu wenig Pflegepersonal haben, hat mit der schlechten Entlohnung, bzw. den schlechten Arbeitsbedingungen in der Pflege zu tun. Es braucht dringend mehr Pflegepersonal und kürzere Arbeitszeiten in der Pflege, damit Pflegeberufe attraktiver werden. Ähnliches gilt für andere Bereiche der Care-Arbeit wie zum Beispiel die Kleinkindererziehung. Diese muss Teil des öffentlichen Bildungswesens werden mit genügend gut ausgebildetem und entsprechend entlohntem Personal.

Die Pandemie hat veranschaulicht, wie verletzlich unser System ist und wie schnell unser Wohlstand bedroht wird. Sie hat uns aber auch gezeigt, was für uns Menschen wirklich wichtig ist. Wir müssen darüber reden, wie diese gesellschaftlich notwendige Arbeit neu und gerecht verteilt wird. Wenn wir das Leben ins Zentrum stellen, heisst das zugleich, dass das Profitdenken in den Hintergrund rückt. Eine gerechte Neuverteilung von Zeit, Macht, Raum und Geld muss angestrebt werden. Das heisst, dass wir eine Diskussion führen müssen über:

- eine gerechte Verteilung der Erwerbs- und Nicht-Erwerbs-Arbeit, um familiäre und soziale Verantwortung zu übernehmen und zu teilen, um besser und gesünder zu leben;
- die solidarische Organisation und gesellschaftliche Anerkennung von Care-Arbeit! Die anfallende Betreuungsarbeit muss gleichberechtigt unter den Geschlechtern aufgeteilt werden;
- eine deutliche Arbeitszeitverkürzung, um die Verteilung zwischen Erwerbs- und Nicht-Erwerbsarbeit sowie allgemeiner Tätigkeiten für das Gemeinwesen zu ermöglichen;
- ein bedingungsloses Grundeinkommen, welches die Basis bietet für ein existenzsicherndes Leben aller;
- die Familienarbeit, die von allen Teilen der Gesellschaft solidarisch getragen werden soll;
- die politische Teilhabe und Mitbestimmung auf allen Ebenen der Organisation der Gesellschaft.

Nationalismus und Abschottungspolitik bekämpfen

Die Abschottungspolitik der EU-Staaten und der Schweiz helfen nicht gegen eine globale Seuche. Wir Menschen brauchen einander und müssen regional wie global Verantwortung füreinander übernehmen. Die nachbarschaftliche Solidarität, die spürbar und hörbar wurde, darf nicht an den Landesgrenzen zum Erliegen kommen. Andererseits muss die Globalisierung ein Stück weit wieder zurückgenommen werden. Die Versorgung mit lebenswichtigen Gütern darf nicht einfach in Billiglohnländer verlagert werden, nur um die Profite zu erhöhen.

Wir fordern:

- Solidarität statt Abschottung: Regularisierung der Sans-Papiers um ALLEN Zugang zu Gesundheit und Sicherheit zu geben.
- Teilweise Deglobalisierung der Wirtschaft: Die Krise zeigt, dass lange Lieferketten und Abschottungspolitiken Gefahren bergen. Wir müssen zu einem regionalen nachhaltigen Wirtschaften zurückfinden, das die konkreten Bedürfnisse des Lebens ins Zentrum stellt.
- Solidarität mit Flüchtenden: Die Flüchtlingslager an den Grenzen der EU müssen evakuiert und den Menschen eine Perspektive eröffnet werden.

... werden in Portugal alle Asyl-Suchenden in die Krankenversicherung aufgenommen, können Grundsicherung beantragen und eine Arbeit suchen.

#InZeitenVonCorona

#WasWäreWenn

... alle Menschen immer Zugang zu
guter Gesundheitsversorgung,
finanzieller Grundsicherung und
selbstbestimmter Arbeit hätten?

Eine andere Welt ist möglich

Unsere Forderungen kommen aus unserer Lebenswelt. Wir wissen, dass Krise nicht gleich Krise ist. Die Pandemie hat viele Folgen. Die Grausamsten sind mehr dem neoliberalen Kapitalismus, als dem Virus geschuldet.

Gleichzeitig sehen wir auch, dass die Krise Undenkbares möglich machte. So wurde staatliche Planung zur Versorgung der Menschen salonfähig; Portugal regularisierte Geflüchtete, damit sie Zugang zur Gesundheitsversorgung haben; Spanien plant die Einführung eines Grundeinkommens; in Italien führten wilde Streiks zum temporären Ende nicht notwendiger Arbeiten. Wir sehen, dass die Wirtschaft sehr schnell umgestellt werden kann.

Diese Erfahrungen müssen uns eine Lehre sein für die drohende Klimakatastrophe, die uns noch heftiger treffen wird als Covid-19.

Stimmen ausserhalb von #stayhome und #savelives



Foto: CC0 by free fotos, pixabay

Liebe Leser*innen des BastA!-Bulletin,

Es kam so plötzlich und überrumpelte uns alle. Seither blieb in der Anlaufstelle für Sans-Papiers Basel keine Zeit, Abstand zu nehmen und die Sachlage zu analysieren. Knapp reichte die Kraft für den Austausch mit den Beratungsstellen in den anderen Kantonen. Die Neuigkeiten zu den Regularisierungsprogrammen in Portugal und Italien bekamen wir nur am Rande mit.

Die Erklärung der «ausserordentlichen Lage» war für uns alle ein Schock. Für die Sans-Papiers ist die Lage auch nach den ersten Lockerungen weiterhin existenzbedrohend. Von einem Tag auf den anderen haben alle ihre Arbeit verloren. Sie können aber kein Arbeitslosengeld oder Sozialhilfe beziehen und haben kaum Ersparnisse. Damit sie etwas zum Essen haben und ihre Wohnung nicht verlieren, leisten wir finanzielle Soforthilfe. Ob das Geld auch über den Sommer hinweg reichen wird, wissen wir nicht.

Zu Beginn war in Basel für die Sans-Papiers nicht einmal der Zugang zu den Covid-19 Testzentren gewährleistet. Immerhin hat sich diesbezüglich die Situation entschärft und alle können sich nun auch ohne Krankenkasse testen lassen. Viele Sans-Papiers leben in beengten und prekären Wohnverhältnissen und können sich nicht in einem gemütlichen Zuhause zurückziehen. Aufgrund der erhöhten Polizeipräsenz ist ans Spazieren gehen gar nicht zu denken. Mit regelmässigen Anrufen versuchen wir, die psychischen

Folgen der Isolation zu lindern. Ob wir aber für die Zukunft Perspektiven aufbauen können, wissen wir nicht.

In dieser Krisensituation haben wir als Anlaufstelle die Pflicht, offen zu bleiben und unser Bestes zu tun, auch für all die, welche zum ersten Mal mit uns in Kontakt treten. Seit einem Monat haben wir neben dem offenen Beratungsfenster am Dienstag-nachmittag jeweils den ganzen Montag offen und führen Erstberatungen durch. Für die politische Arbeit bleiben uns kaum Ressourcen. Trotz Corona sind immer noch drei Härtefallgesuche beim Migrationsamt pendent, auf dessen Antwort wir bereits seit langen eineinhalb Jahren warten. Von einem Basler Regularisierungsprogramm, welches allen Menschen den Zugang zur sozialen Sicherheit ermöglichen würde, wagen wir gar nicht zu träumen. Die Coronakrise zeigt uns in aller Härte, wie die Privilegien in unserer Gesellschaft verteilt sind, und dass für die Schwachen unter uns die Mühlen immer langsamer mahlen als für die Mächtigen.

Sicherlich kann man mehr politischen Druck ausüben und seine Interessen eher durchsetzen, wenn das Leitmotiv #stayhome einen Menschen nicht in seiner Existenz gefährdet. Auch haben die Sans-Papiers keine Lobby und keinen Verband, der sich für sie bei der Regierung einsetzt. Trotzdem haben auch sie am 1. Mai in Basel ihre Stimme virtuell erhoben - in einem starken und berührenden Video, welches auf unserer

Homepage www.sans-papiers-basel.ch nachzuschauen ist. Habt Ihr es gesehen? Kann gut sein, dass nicht. Denn die virtuelle Welt ist noch grösser als die reale, und die Stimmen der Menschen, deren Existenz vielen nicht einmal bekannt ist, rufen kaum ein Echo hervor.

Für eine solidarische Gesellschaft, welche in einer Krisenzeit keinen Menschen ausgrenzt und die Existenz aller sichert, werden wir deshalb hoffentlich bald wieder alle gemeinsam mit den Sans-Papiers unsere Stimmen auf den Strassen laut erheben können. Denn einen anderen Weg gibt es nicht, um gemeinsam einen Wandel von unten herbeizuführen. Jedenfalls kenne ich ihn nicht.

Mit etwas traurigen und doch solidarischen Grüssen.

Olivia Jost, Co-Leiterin der Anlaufstelle für Sans-Papiers Basel

Volle Kraft voraus für eine linke, soziale und ökologische Mehrheit



*Abschiedsgrüsse an die bürgerliche Mehrheit im Grossen Rat Basel-Stadt
Foto: CC0 by Gerd Altmann, pixabay*

An der Mitgliederversammlung Anfang Mai haben die BastA!-Mitglieder mit grossem Mehr beschlossen, keine Kandidatur für den Regierungsrat zu nominieren. Dieser Entschluss löste einigen Wirbel aus und die Tatsache, dass an der gleichen Versammlung die Kandidat*innen für den Grossen Rat nominiert wurden, ging fast ein wenig unter. Dabei gibt es viele Gründe, die Grossratswahlen ins Zentrum der Aufmerksamkeit zu rücken.

Vielversprechende Kandidaturen

Die vier bisherigen Grossrät*innen Tonja Zürcher und Beat Leuthardt im Wahlkreis Kleinbasel sowie Beatrice Messerli und Oliver Bolliger in Grossbasel-West haben in den letzten vier Jahren ausgezeichnete Arbeit geleistet. Sie sollen diese unbedingt fortsetzen – tatkräftig unterstützt von zusätzlichen BastA!-Grossrätinnen. Die Chancen auf einen Sitzgewinn stehen gut, und es gibt viele interessante und vielversprechende BastA!-Kandidaturen.

Die drohende Klimakatastrophe hat nicht zuletzt dank den streikenden Jugendlichen in der Politik eine gewisse Dynamik ausgelöst. Auch die Wohnpolitik verbunden mit der Forderung nach Recht auf Wohnen und Schutz vor Vertreibung für alle ist in den letzten Jahren zu einem zentralen Thema geworden. Aufgrund der Massnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie stellen sich nun zusätzliche Herausforderungen: es

droht eine Rezession, immer mehr Menschen werden arbeitslos oder sehen ihre selbständige Existenz bedroht, unsere Grundrechte werden in Frage gestellt. Das Virus bedroht uns zwar alle, aber die gesundheitlichen und ökonomischen Auswirkungen sind nicht für alle Menschen gleich.

Solidarische Lösungen für existentielle Probleme

Eines hat uns die Krise in aller Deutlichkeit gezeigt: Der Markt wird es nicht richten. Es reicht auch nicht, wenn die Politik nun einfach beschliesst, Staatsmilliarden in die Rettung der Wirtschaft zu investieren. Es braucht Investitionen in die Menschen, in ein funktionierendes Gesundheitssystem und in ein starkes Sozialsystem. Genau diese Politik verfolgt BastA! schon seit Jahren, und die BastA!-Grossrät*innen setzen sich mit grossem Engagement für die Schwächsten der Gesellschaft, für Chancengleichheit, gerechte Löhne und Arbeitsbedingungen, Solidarität und Umverteilung ein. Gemeinsam mit Verbündeten aus dem rot-grünen Lager können unsere Vertreter*innen im Parlament wichtige Schritte hin zu einer anderen, einer besseren und solidarischeren Welt in die Wege zu leiten.

Bye-bye bürgerliche Mehrheit

Wie wichtig die Mehrheitsverhältnisse im Grossen Rat sind, zeigt das aktuelle Beispiel des „Nicht-Wohnschutzgesetzes“, das die

bürgerliche Mehrheit im Grossen Rat durchgedrückt hat. Anstatt die vor zwei Jahren angenommene Initiative „Wohnschutz für alle“ verfassungsgemäss umzusetzen, hat der Grosse Rat eine Vorlage verabschiedet, die nur einen sehr kleinen Teil der Mieter*innen vor Mieterhöhung und Vertreibung schützt und somit nicht im Mindesten dem Willen der Stimmbürger*innen entspricht. Eine bürgerliche Mehrheit, die sich nicht nur über Volksentscheide hinwegsetzt, sondern sie sogar bei der Umsetzungsvorlage ins Gegenteil verkehrt – das muss ein Ende haben!

„Dank“ diesem fragwürdigen Vorgehen der bürgerlichen Mehrheit sind wir gezwungen, gemeinsam mit unseren Verbündeten in Sachen Wohnschutz, dem Mieterverband, den Grünen und der SP sowie weiteren Verbänden das Referendum gegen dieses „Nicht-Wohnschutzgesetz“ zu ergreifen und gleichzeitig eine Initiative zu lancieren, die den dringend nötigen Schutz vor Vertreibung für alle Mieter*innen endlich durchsetzt.

Die Angst vor Vertreibung und Mietzinsserhöhung ist eine existentielle Sorge, die viele Menschen bewegt, genau wie die existentiellen Probleme, die sich für die Menschen aufgrund der Auswirkungen der Corona-Krise stellen. Dies werden wichtige Themen in unserem Grossrats-Wahlkampf sein – und selbstverständlich auch nach den Wahlen!

Deshalb braucht es mehr BastA! im Grossen Rat; und deshalb werden wir voller Elan zusammen mit unseren motivierten Grossrats-Kandidat*innen in den Wahlkampf steigen.



Heidi Mück, Co-Präsidentin BastA!